

Zu den Artikeln „Anordnung von oben“ vom 20. Juli und „Kündigung im Namen des Herrn“ vom 19. Juli:

Das macht mich wütend

Dieser Bericht über die Zustände in Friedehorst, sei es in der Altenpflege oder wie jetzt über die Kündigung des Herrn Rosenberger, macht mich wütend. Wie kann es angehen, dass die christliche Gesinnung über die erfolgreiche Leistung des Mannes gesetzt wird? Und vor allen Dingen, wo ist diese Gesinnung eigentlich, wenn es um die Altenpflege in Friedehorst geht? Wo und wie genau wird die dort gelebt?

Mir wird übel, wenn ich die Sprüche des kaufmännischen Vorstands lese, der von Wertegemeinschaft und Transparenz spricht. „Menschen, die zu uns kommen und unsere Hilfe benötigen“, wie passt das zu den Berichten über die massiven Pflegeprobleme, die uns in der letzten Zeit erreicht haben? Es kann doch nicht sein, dass alle Verantwortlichen – ob bei den Ämtern oder in Friedehorst – sich hinstellen und sagen: „Das haben wir alles gar nicht gewusst.“ Wenn diese Verantwortlichen keine Ahnung hatten, haben sie ihren Job schlecht gemacht. So gut können die Pflegekräfte gar nicht sein, um das wieder auszugleichen. Vielleicht kann auch eine einfache Frage der Vorstände, ob sie ihre Eltern gerne in so ein Heim geben würden, für Abhilfe sorgen?

CAROLA MEYER-CLAUSSEN, BREMEN

Nicht akzeptabel

Es ist erstaunlich, dass für kirchliche Arbeitgeber offenbar das Grundgesetz nicht gilt. Davon abgesehen ist es auch nicht nachvollziehbar, wenn ausgerechnet christliche Organisationen sich auf christliche Werte und ihre bessere Wertegemeinschaft beziehen, gleichzeitig aber selbst unchristliches Verhalten zeigen und zu rechtfertigen versuchen.

In Bremen-Nord steht die Diakonische Stiftung Friedehorst als Arbeitgeber seit vielen Jahren mit Recht in der Kritik. Wer christliche Werte sein Eigen nennt und von anderen nicht nur christliches Verhalten, sondern auch christliches Glaubensbekenntnis abverlangt, der muss sich an seinem eigenen Verhalten messen lassen.

Der Rauswurf von Mitarbeitern, die einerseits erfolgreiche mitmenschliche Arbeit leisten, aber andererseits lediglich kein Kirchenmitglied sein wollen, ist vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels in diesem Bereich nicht akzeptabel. Das negative Verhalten von Friedehorst wird nicht nur mich über einen Kirchenaustritt intensiver nachdenken lassen.

Die Leitung der Stiftung Friedehorst als christliche Institution muss endlich ihre Werte selber leben und praktizieren. Und die Kirche muss insgesamt darüber nachdenken, ob sie negativ auffällige Institutionen weiterhin in ihren Reihen dulden will und damit selber immer unglaubwürdiger wird.

REINHARD LEOPOLD, BREMEN

Unverständnis wächst

Die Kirchen möchten Grundwerte erhalten sehen, die größtenteils nicht ihre sind, sondern zutiefst humanistische, die auf ganz weltlichen Entwicklungen in der Gesellschaft beruhen. Übrig bleibt das geforderte Bekenntnis zu Gott, wofür es im Übrigen keine Kirche braucht, um steuerpflichtige Mitglieder zu generieren. Wer ein solches Verhalten nötig hat, um relevant zu bleiben, wird auf zunehmendes Unverständnis in der Gesellschaft treffen und zukünftig eine Kirche mit Mitgliedern vorfinden, die sich immer weniger mit ihr identifizieren.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen ist klar formuliert, dass die arbeitsrechtliche Situation kirchlicher Arbeitnehmer an die außerhalb der kirchlichen Einflussphäre geltenden arbeitsrechtlichen Bedingungen angeglichen werden soll. Es ist peinlich für die SPD als einstige Arbeitnehmerpartei, dass sich der Landesparteitag im März dagegen ausgesprochen hat, eine sofortige Umsetzung einzufordern. Eineinhalb Jahre bleiben der Koalition noch, um ein Ergebnis vorzulegen. Am Ende muss ein weltliches Arbeitsrecht in den staatlich finanzierten Kircheneinrichtungen stehen oder die Frage, ob besser der Staat die Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Kitas übernimmt.

MAURICE MÄSCHIG, BREMEN

Selbst entlarvt

Da hat sich die diakonische, christliche Stiftung Friedehorst selbst entlarvt. Die Bigotterie der Wertegemeinschaft zeigt sich offensichtlich, und die Aussage, „man kann sich eben dafür oder dagegen entscheiden, ob man den Job behalten will“, ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten.

Arbeitsrechtlich stehen die Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen ja sowie-so im Niemandsland, da ohne Betriebsrat und ohne Streikrecht und ohne Tarifabkommen gewaltet und geschaltet werden kann, wie es beliebt. Ich frage mich, welcher Wertegemeinschaft wohl der im Stich gelassene Junge angehören mag.

GISELA VORMANN, BREMEN

Gegen Menschenwürde

Warum besteht der christliche Arbeitgeber auf die Kirchenmitgliedschaft? Dass angestellte Christen nicht immer die besseren Menschen sind, pfeifen die Regensburger Domschatzen von den Dächern.

Der Grund für die Zwangsmitgliedschaft ist vielmehr darin zu suchen, dass der Arbeitnehmer gezwungen werden soll, einen Teil seines Lohnes an den Arbeitgeber



Der Rauswurf von Mitarbeitern, die einerseits erfolgreiche mitmenschliche Arbeit leisten, aber andererseits lediglich kein Kirchenmitglied sein wollen, ist vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in diesem Bereich nicht akzeptabel, meint Reinhard Leopold. FOTO: CHRISTIAN KOSAK

zurückzuzahlen. Das nennt man Kirchensteuer. Damit das funktioniert, setzt der Staat für die Mitarbeiter auch noch einen Teil der Grundrechte außer Kraft und lässt die Kirchen ungestraft gegen die Prinzipien der Menschenwürde verstoßen. Niemand darf wegen seiner religiösen oder nicht-religiösen Haltung diskriminiert werden, es sei denn, er gerät an christliche Arbeitgeber.

Die Bundesrepublik ist ein säkularer Staat. Wir fordern zu Recht von den Zuwanderern mit anderer Religion und anderer politischer Tradition, dass sie sich hier integrieren. Umso mehr ist auch von den christlichen Kirchen zu fordern, dass sie sich an die Gesetze dieses Landes halten und die Grundrechte akzeptieren.

HANS SCHULZE-EICKENBUSCH, SCHWANENEDE

Engstirnig

Ich kann es nicht glauben, wie engstirnig die Leitung der Pflege- und Reha-Einrichtung Friedehorst ist. Ich habe selbst als Pflegefachkraft nach meiner Ausbildung negative Erfahrungen mit kirchlichen Trägern gemacht, als ich bei der Diakonie in Mainz gearbeitet habe: Schlechte Arbeitsverhältnisse, dünne Personaldecke und Lohnkürzungen sind nur einige negative Beispiele.

Kirchliche Träger wundern sich, dass sehr wenig Pflegende bei ihnen ein Arbeitsverhältnis anfangen. Es geht um Menschen, die meine Hilfe benötigen, die durch eine Krankheit oder Behinderung Unterstützung benötigen. Es ist in dem Fall nicht wichtig, ob ich dreimal in der Woche zur Kirche gehe. Der Mensch ist die Nummer eins für mich, nicht die Religion. Es ist mir auch egal, ob jemand einer Weltreligion angehört oder nicht. Wenn kirchliche Träger nicht irgendwann umdenken, werden sie früher oder später ziemlich alleine dastehen, weil niemand da ist, der bei ihnen arbeiten will.

Jeder Pflegende leistet sehr viel, jeden Tag, jede Stunde unter manchmal nicht idea-

len Voraussetzungen und für ein Bruchteil der Bezahlung, die ihm zustehen würde, und unter starker psychischer und physischer Belastung. Dieses wird gerne von kirchlichen Trägern vergessen und nicht honoriert.

VOLKER HÜNEKE, WOPPSWEDE

Nicht nur die Kirchen

Allmählich bin ich es leid, dass immer nur die Kirchen am Pranger stehen, wenn es darum geht, dass man in der Kirche sein muss, wenn man dort einen Dauer-Arbeitsplatz haben will. Wie sieht es denn in Parteien und Gewerkschaften aus? Auch dort bekommt man einen Arbeitsplatz nur, wenn man eine Mitgliedschaft vorweisen kann. Besonders heikel: Bis vor einigen Jahren hat Verdi nicht mal den Tariflohn bezahlt.

Um es klarzustellen: Auch ich finde es nicht gut, wenn einem Geringbeschäftigten aus diesem Grund gekündigt wurde. Aber es muss auch klar sein: Wer bei einer kirchlichen Einrichtung arbeiten will, vor allem in Leitungsfunktionen, oder wo es um öffentliches Auftreten geht, sollte auch in einer Kirche sein, damit er deren Werte auch vertreten kann.

ANGELA SCHMELTER, BREMEN

Nicht im Sinne Jesu

Die Überschrift „Kündigung im Namen des Herrn“ ist nicht korrekt. Denn die Kündigung ist weder im Namen des Herrn erfolgt, noch im Sinne der Lehre seines Sohnes Jesu.

Die Kündigung ist genau das Gegenteil, was Jesus versuchte, den Menschen zu lehren, und es entspricht auch nicht seiner Denk- und Handlungsweise. Für Jesus galt nur der Mensch und nicht Herkunft, Rasse oder der Glaube, sondern nur, ob jemand gut oder schlecht handelte.

Die Kirche, der ich selber angehöre, sollte nicht die eigenen Doktrinen als Maßstab nehmen, sondern sich nur nach der Lehre Jesu richten, denn dann wäre der Welt sehr viel Elend erspart geblieben.

WERNER SCHORLING, BREMEN

Zum Artikel „Freie Fahrt“ und Titelbild „Es geht wieder rund“ vom 19. Juli:

Lange Staus

Stern – freie Fahrt! Für wen? Wie weit wird die Stau-Auffangphase über den Bahnhof hinaus noch ausgebaut, damit der innerstädtische Verkehr nicht durch die Stern-Schlangenge behindert wird? Hoffentlich reicht die Entfernung bis zu den Weserbrücken! Wann kommt die nächste Umarbeitung des Stern? Die verantwortliche Behörde möge sich bloß rechtzeitig um neue Termine und fachlich vorgebildete Schätzer kümmern. Mit einer Kosten-Schätzdifferenz in Höhe von rund 45 Prozent macht man sich doch lächerlich. So etwas kann doch nicht von einem Fachmann kommen. Wenn derartige Schätzdifferenzen akzeptiert werden, dann wundert es nicht, dass die Schulden in Bremen immer weiter steigen.

KLAUS RIEMER, BREMEN

Kein Einzelfall

Wie auf dem Bild auf der Titelseite zu sehen ist, werden sich die Autofahrer wohl kaum um die Straßenmalerei kümmern. Der blaue Kombi am unteren Bildrand zieht quer über den aufgemalten Radweg und die aufgemalten weißen Linien nach links auf die andere Spur. Ein Einzelfall – wohl nicht.

Glauben die Verkehrsplaner allen Ernstes, durch diese Malaktion die Situation am Stern entschärft zu haben? Sinnvoller wäre es gewesen, wenn schon diese Variante gewählt wurde, die schraffierten Flächen mit kleinen abgeschrägten Kantsteinen und einer Rasenfläche zu versehen. Ob die Rasenpflege teurer wird als die alle drei Monate fällige Erneuerung des Farbauftrages, da sich die Autofahrer gerade im Feierabendverkehr über die aufgemalte Schraffur hinwegsetzen werden, bleibt dahingestellt. Auf jeden Fall wäre es eine eindeutig sichtbare Verkehrsführung. Dass eine Kennzeichnung der Fußgängerüberwege nicht in Angriff genommen wurde, spricht für die Kompetenz der Planer.

HARTMUT PETERS, BREMEN

Halbherzig geplant

Es steht geschrieben „Es geht wieder rund“. Dann warten wir mal, bis die Straßenbahn wieder rollt. Warum nicht gleich Nägel mit Köpfchen? Ein Bahntunnel! Das hätte Entlastung gebracht. Aber nein, es wird wieder halbherzig geplant. Schade für Bremen!

DAVID MARKWORT, BREMEN

Autofahrer gefordert

Wunderbares Titelbild! Auf dem am unteren Bildrand das Fehlverhalten eines Autofahrers zu sehen ist – trotz neuer Gestaltung! Er hat sich offensichtlich bei der Einfahrt in den Stern falsch eingeordnet und überquert nun an einer nicht dafür vorgesehenen Stelle den Radstreifen. Zum Glück kommt da gerade kein Radfahrer, der hätte schlechte Karten. Mit seiner großen Masse stellt der Pkw eine deutlich größere Gefahr dar als ein Radfahrer. Insofern sind Autofahrer hier und allgemein besonders gefordert, vorsichtig zu fahren.

HARALD WILENSKI, BREMEN

Wer zahlt?

Schon das Titelbild der Ausgabe vom 19. Juli zeigt ein falsch fahrendes Auto. Was soll also der fragwürdige Umbau? Viel wichtiger noch: Wer zahlt die Kostenexplosion von knapp 50 Prozent? Senator Lohse aus seiner Privatschatulle? Wird überhaupt jemand zur Rechenschaft gezogen? Wenn ja, wie? Oder ist es wie sonst auch: Die Steuerzahlerdepot bezahlen und haben ansonsten zu schweigen?

DIETER HÖLBE, BREMEN

Zum Thema „Radfahrer sollen erzogen werden“:

Geparkte Fahrräder

Auch ich ärgere mich über zugeparkte Wege, aber durch parkende Fahrräder auf Fußwegen. Bezüglich der Verkehrsregeln glaube ich nicht, dass auch nur ein Bruchteil der Fahrradfahrer über die Vorfahrt zum Beispiel bei abgesenkten Fahrstraßen Bescheid weiß. Gleichwohl fahren sie auf denselben und wollen als gleichwertige Verkehrsteilnehmer wahrgenommen werden.

ARMIN REUTER, BREMEN

Zum Artikel „Alufolie sparsam verwenden“ vom 18. Juli:

Komplett verbieten

Die inakzeptable und ungerechtfertigte Verschwendung von Ressourcen ist ein wichtiger Grund, Alufolie zu meiden. Einen weiteren Grund finde ich bedeutend wichtiger: die Gesundheitsgefahr. Dieser Aspekt ist für mich ein absoluter Show-Stopper gegen Aluminium (Al). Wenn Al von sauren oder salzigen Lebensmitteln berührt wird, kann es sich lösen und in das Lebensmittel übertreten. Al hat im menschlichen Körper überhaupt nichts zu suchen, auch nicht in kleinsten Mengen. Gesundheitsschäden von Krebs bis Demenz werden auf Al zurückgeführt. Al für Lebensmittel gehört komplett verboten. Aber da ist die Lobby der Al-Hersteller vor.

CHRISTOPH SCHMEES, BREMEN

Zum Thema „Vernichtung Bremer Baukultur“:

Nichts gelernt

Mit großer Bestürzung sehe ich immer mehr historische Bausubstanz, die in unserer Hansestadt Opfer von Immobilienhaien wird. Es werden die gleichen Fehler wie in den 1960er-Jahren begangen und historisch wertvolle Gebäude abgerissen und durch nichtssagende Blocks mit überbewerteten Eigentumswohnungen ersetzt. Ich dachte, die Politik hätte aus der Vergangenheit gelernt.

JAN-MICHAEL WOLFF, BREMEN

Zum Gastkommentar „Das neue Lügen in der Politik“ vom 17. Juli:

Gewohnheit geworden

Lügen ist mittlerweile zur Gewohnheit geworden. Die Autoindustrie belügt millionenfach ihre Kunden, der Möbeldändler täuscht Rabatte vor und trickst sich um Kopf und Kragen. Die Lebensmittelindustrie und der Pharmabereich schaffen durch intensive Lobbyarbeit erst die Voraussetzungen, den Verbraucher „ganz legal“ betrügen zu dürfen. Selbst Genehmigungsbehörden belügen systematisch kritische Bürger. Auch ein Ergebnis intensiver Lobbyarbeit.

Lügen sind mittlerweile zum Gewohnheitsrecht geworden. Schön blöd, wer sich da noch an die Wahrheit hält. Und auch da wird es mittlerweile extrem schwierig, die „wahre“ Wahrheit noch zu erkennen. Vertrauen ist nun mal die härteste Währung. Es wurde gnadenlos verramscht und bis auf einen kümmerlichen Rest aufgebraucht.

WILFRIED PAPENHUSEN, GROSSENKNETEN

REDAKTION LESERMEINUNG

**Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de**

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.